

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 53. Für unentgeltlich eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 287

Dienstag, den 10. Dezember 1918

13. Jahrgang

Der Präsident von Frankreich in Elsaß-Lothringen.

Umlernen!

Warum ist es mit Deutschland so weit gekommen? Weil wir keine Politiker hatten! Ein Teil der Schuld liegt am System. Wie hatten tüchtige Beamte, auch im Auswärtigen Amt, aber Beamte sind und können keine Politiker sein. Wie sie an die Stelle kommen, wo sie Politik treiben können, sind sie durch ihre Laufbahn für die Politik verborben. Ihre Pflichtbewußtheit ist zwar gut erzogen, aber ihre Entscheidungsfähigkeit und ihr Verantwortungsgefühl sind erloschen. Zeit ihres Lebens haben sie auszuführen gehüßt, was von „Oben“ verordnet wurde — sie können nun nicht plötzlich selbst etwas verordnen, sie warten, daß von „Oben“ Befehle kommen, und weil die ausbleiben, wurseln und gaudeln sie.

Unsere Parlamentarier konnten aber auch nicht Politiker werden, denn ihnen war jede Tätigkeit im Staate, in der positiven Politik verweigert, sie durften am Staate Kritik üben, aber nicht den Staat regieren. So sehen wir, daß ein Teil der Schuld am System liegt, der größere Teil der Schuld liegt aber am Volke selbst, besonders an den Bürgerlichen.

Wir haben die Politik nicht nur verachtet, in dem Sinne, daß wir sie eines „im Leben stehenden“ eines „tätigen Menschen“ für unwürdig hielten, sondern wir haben auch blind den Satz nachgebeter: „Politik verdirbt den Charakter“. Im Grunde hatten wir für Politik keine Zeit, — und das lag am System, dank dem für einen tatendürstigen Mann in unserem Reichstag wirklich kein Platz war, — und ließen Politik diejenigen treiben, „die sonst nichts zu tun hatten“.

Nun sehen wir, wohin ein Land kommt, das sich um seine eigene Politik nicht kümmert. Nun schreien wir nach Männern, die uns helfen, rufen nach Wissenschaftlern, die den neuen Staat aufrichten sollen und finden keine! Nun, auch Politiker fassen nicht vom Himmel, und behüte uns Gott vor Politikern von Gottes Gnaden, von denen haben wir genug. Die Politiker wachsen aus dem gesamten Volk, aus den Idealen des Volkes hervor.

Dazu muß aber jeder Volksgenosse Politiker werden, politisch denken, politisch wollen, politisch handeln lernen. Das furchtbare Verhängnis hat uns zur Politik erweckt, jetzt heißt es mit allen alten Vorurteilen aufräumen. Politik ist nicht „Mißgung“, sondern Arbeit am Volke. Politik verdirbt nicht den Charakter, sondern sie bildet erst Charaktere aus. Denn was sind die Kennzeichen des wahren Politikers: Liebe zum ganzen Volk, Wahrhaftigkeit, Mut und höchstes Verantwortungsgefühl. Aber auch da müssen viele von uns umlernen. Mit „Winkeltug“ und „kluger Taktik“ ist der Politik, ist dem Volke nicht gedient.

Müßiggang ist Wahrheit, nicht nur in Bezug auf die Vergangenheit, sondern auch in Bezug darauf, was man erstrebt.

Der Bürger liebte nicht mit der Sozialdemokratie, „weil sie jetzt die Macht hat“, sondern bekämpfte sie zu seinen Idealen, offen und ehrlich! Er hat es nicht nötig, sich seiner selbst zu schämen. Aber er lasse seine engen, persönlichen Interessen aus dem Spiel. Politik ist nicht, was sie im alten Staate war, eine Interessenvertretung einzelner Gruppen, sondern die Arbeit am ganzen Volk. Das ist das Verdienst der alten Sozialdemokratie, daß sie im Augenblick der Macht die Volkspolitik, das ist das Verbrechen der Sparta-Gruppe, daß sie Klassenpolitik trieb. Wir wollen uns davon fernhalten.

Wir erstreben das Wohl der Gesamtheit im höherem umfassenderen Maße noch, als die Sozialdemokratie und wollen es durch Taten beweisen. Das aber bedeutet: Politik treiben!

Zur inneren Lage.

Der Volksrat Kontrollstelle der Regierung.

In einer gemeinsamen Sitzung des Volksrates der Arbeiter- und Soldatenräte und des Rates der Volksbeauftragten in Berlin wurde folgende Vereinbarung getroffen:

Beide, geschaffen durch die Revolution, streben denselben politischen Ziele zu: dem deutschen Volke die sozialistische Republik zu sichern. Der Rat der Volksbeauftragten hält unbedingt an der durch die Revolution gegebenen Verfassung fest, die ohne Zustimmung des Volksrates der Arbeiter- und Soldaten-

räte nicht abgeändert werden kann. Aus der Stellung des Volksrates ergibt sich das Recht der Kontrolle; dem Rat der Volksbeauftragten liegt die ihm übertragene Exekutive ob. Beide sind überzeugt, daß ihre Tätigkeit nur durch vertrauensvolle Zusammenarbeit ersprießlich ausgeübt werden kann. Wir geben der Zukunft Ausdruck, daß unser Volk in Anerkennung der schwierigen inneren und äußeren Lage uns dabei tatkräftig unterstützen wird.

Der Rat der Volksbeauftragten, mit Obert am der Spitze, stellt die Reichsregierung dar.

Zum Kompost gegen den Volksrat.

Zu der von uns mitgeteilten Verhaftung des Berliner Volksrates wird gemeldet: Der Rat der Volksbeauftragten hat ermittelt, daß eine Reihe Persönlichkeiten als Urheber jenes Auftrages zu betrachten sind, und daß der Zusammenkunft jener Gruppe, die an den Umtrieben gegen den Volksrat beteiligt war, ein Zimmer im Hotel Bristol sei. Daraufhin wurde der Auftrag gegeben, das Hotel abzusperren und niemanden ein- und auszulassen. Am Samstag Nr. 211 fand man 22 Herren, die dieser „Verschwörung“ verdächtig erschienen; sie wurden sämtlich verhaftet. Soweit bisher bekannt ist, befindet sich unter ihnen außer mehreren Studenten der in dem Anschlag erwähnte Herr v. Rheinbaben, ein hiesiger Prinz Hohenzollern und ein Herr Dr. Sad. In einem Nebenräume fand man 300 Gewehre, die mit Beschlag belegt wurden. Weitere Durchsuchungen der Räume und Ermittlungen unter den Gästen ergaben nichts Befriedigendes. — Ergänzend wird dazu noch berichtet: Am Sonntag wurden von Soldaten des Berliner Sicherheitsdienstes etwa hundert Personen im Hotel Bristol festgenommen und zum Volkspalast gebracht. Die Festnahme stand im Zusammenhang mit der Aushebung einer besonderen Studentenwehr, die sich ohne Bewilligung der Regierung gebildet hatte, um für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in Berlin zu sorgen. Die Studentenwehr hatte die Absicht, für den Fall eines Putschs jederzeit alarmbereit zu sein. Nach eingehendem Verhör wurden alle Festgenommenen bis auf einen, den Führer, Referendar Dr. Sachs, wieder freigelassen.

Ruhe in Berlin.

In Berlin herrschen gestern in allen Stadtteilen vollkommene Ruhe; es haben keinerlei Umzüge oder Kundgebungen stattgefunden. Auch von Streiks ist nichts bekannt. Die Stadt bleibt das gewohnte Bild; in den Hauptverkehrsstraßen macht sich der Verkehr umso stärker bemerkbar, als der Zustrom der Heimkehrer und Entlassenen die Straßen belebt. Gelegentliche Ansammlungen zerstreuen sich rasch wieder und haben nirgends zu Zwischenfällen geführt.

Die republikanische Soldatenwehr.

Der Berliner Stadtkommandant Wels teilt mit: „Die durch kriegsmilitärische Verfügung vom 21. November 1918 angeordnete Aufstellung der 10000 Mann starken republikanischen Soldatenwehr ist beendet. Diese Truppe hat die Aufgabe, die Ruhe und Ordnung in Berlin aufrechtzuerhalten. Sämtliche Mannschaften der republikanischen Soldatenwehr tragen Schutzweste und Seitengewehr. Sie sind durch Ausweise entsprechend legitimiert.“

Einzug der Fronttruppen in Berlin.

Die Gardekorps werden in den nächsten Tagen mit der Rückkehr in ihre Garnisonen beginnen. Gleichzeitig mit ihnen werden einzelne zusammengestellte Verbände aller deutschen Stämme an den Einzugspunkten in die Reichshauptstadt teilnehmen. Einzelne Verbände dieser Truppen sind bereits in der Nähe von Berlin eingetroffen. Der erste Einzugstag wird der 10. Dezember sein. Die Truppen werden gegen 1 Uhr nachmittags das Brandenburger Tor durchziehen.

Eine Neuinstellung des Reiches.

Im Zusammenhang mit den häufig auftretenden Nachrichten über die Lösungsbestrebungen gewisser deutscher Gebiete erklärt das B. L., daß bereits ein Plan ausgearbeitet wird, der das Reich in einer neuen Weise gliedern soll, und zwar soll die Neuinstellung auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen der Einzelstaaten nach Wirtschaft und Stämmen beabsichtigt sein, deren Verfasser Ledebur ist. Das Ministerium des Innern wird der Frage schon in den nächsten Tagen näherzutreten.

Zur Verhaftung der rheinischen Großindustriellen.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß die rheinischen Großindustriellen August Thoben, Fritz Thoben, Hugo Stinnes, ein Mitglied des Direktoriums der Altema Krupp und eine Anzahl Direktoren großer industrieller Werke auf Anordnung von A- und S-Räten im Rheinlande verhaftet wurden unter der Anschuldigung, verflucht zu haben, unsere Feinde zum Einmarsch in die Rheinlande und zur Übernahme der Herrschaft daselbst zu bewegen. Wie jetzt gemeldet wird, sind die beiden Thobens und Hugo Stinnes bereits gerichtlich vernommen worden. Der Verdacht gegen sie hat sich nicht bestätigt. Ihre Freilassung kann stündlich erfolgen. In der Sache fand gestern eine Konferenz im Justizministerium in Berlin statt, an der außer dem Justizminister Dr. Rosenfeld drei Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats von Wilhelm a. d. Ruhr, sowie der dortige Oberbürgermeister Lembe teilnahmen. Ferner war zugegen der junge Fritz Thoben, der offenbar aus der Haft wieder entlassen worden ist. Über das Ergebnis der Konferenz ist bisher nichts bekannt.

Die Auslieferung Wilhelms II.

Der Kaiser bereit, Holland zu verlassen.

Aus Lyon wird drahtlos gemeldet: Die deutsche Regierung hat soeben beschlossen, sich der Forderung der Entente, daß der Kaiser und der Kronprinz vor einen internationalen Gerichtshof geladen werden, um sich gegen die vorgebrachten Beschuldigungen zu verteidigen, nicht zu widersetzen. Die deutsche Regierung hat ihre Auffassung bereits der holländischen Regierung mitgeteilt. (Die Wichtigkeit dieser Meldung wird von zuständiger Stelle in Berlin bestritten. Die Reichsleitung habe sich bisher mit dieser Frage noch nicht beschäftigt. D. B. B.)

Aus Paris meldet Justizminister Auzanar: Im Justizpalast erklärte man, daß die englische Justiz den Vorschlag zur Beurteilung des Kaisers fordere, da dieser im Königreich Großbritannien infolge der Juppellnangriffe zweimal wegen Mordes zum Tode verurteilt sei. (D.)

Gerichtswelt verlautete auf der Amsterdamer Börse, daß Wilhelm II. bereit sei, aus eigenem Antriebe Holland zu verlassen.

Vom Waffenstillstande.

Scharfer deutscher Protest gegen Fochs Wortbruch. Die deutsche Regierung hat den gegnerischen Regierungen auf diplomatischem Wege folgende Note überreicht:

Marschall Foch hat am 6. Dezember der Waffenstillstandskommission eine Entscheidung zugunsten lassen, wonach der Lebensmittelverkehr auf der gesamten Westfront der geräumten hinterländischen Gebiete mit der neutralen Zone und dadurch mit dem übrigen Deutschland unterbrochen wird, da die Aufrechterhaltung der Blockade in dem Waffenstillstandsabkommen vorgesehen sei.

Die deutsche Regierung ist verpflichtet, gegen diese Anordnung scharfen Protest zu erheben, weil diese einseitige Entscheidung mit dem klaren Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens in unersetzbarer Weise verstoßt. Die angeführte und teilweise schon durchgeführte Maßnahme gibt der bisherigen Blockade eine Ausdehnung auf Sperremaßnahmen zu Lande, die mit dem Wesen der Blockade im Widerspruch steht und allen Völkern seit den Zeiten der englischen Kontinentalperre gegen Frankreich fremd ist. Die angeführten Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens über die Blockade finden sich daher auch sinngemäß im Abschnitt clause navales, und fordern nur die Aufrechterhaltung der Blockade im gegenwärtigen Umfang. In der getroffenen Entscheidung liegt jedoch eine ganz erhebliche Verschärfung und Ausdehnung der Blockade, unter welchen die deutsche Arbeiter- und Frauenwelt der rechtsrheinischen Gebiete besonders hart leidet. Diese ist auf die Zufuhr von Milch und anderen unentbehrlichen, rasch verderblichen Lebensmitteln aus den geräumten Gebieten um so mehr angewiesen, als das deutsche Volk eine Versorgung von Lebensmitteln durch die Alliierten, wie sie in den erwähnten Blockadestimmungen des Waffenstillstandes in Aussicht gestellt worden ist, überhaupt nicht erhalten hat.

Diese Entscheidung verletzt weiter die Vorschriften des letzten Absatzes des Artikels 6 des Waffenstillstandsabkommens, wonach keine allgemeinen oder speziellen Maßnahmen ergriffen werden dürfen, die eine Entwertung der Industrieanlagen oder eine Beeinträchtigung gegenseitiger Zufuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zur Aufrechterhaltung der industriellen Anlagen unmöglich macht, wodurch deren Entwertung eintreten muß. Produktionsunmöglichkeit aber zwingt wieder zur Verringerung des Personals; Arbeitslosigkeit und neues Elend in den willkürlich getrennten deutschen Gebieten sind die unabwehrbare Folge.

Die deutsche Regierung schlägt daher vor, diese Fragen bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes dahin zu richten, daß unbeschadet des Ausschließungsrechts der Alliierten vollkommene Verkehrsfreiheit zwischen den geräumten Gebieten und den übrigen Teilen Deutschlands gewährleistet ist.

(geg.) Soli, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Die Heimkehr unserer Krieger. Die deutsche Waffenstillstandskommission macht bekannt: Aus den Mitteilungen der Vertreter der Alliierten bei der Waffenstillstandskommission geht hervor, daß die Abfertigung der Schutztruppe des Generals v. Dettow-Borbeck auf englischen Schiffen und die Auslieferung voraussichtlich in Rotterdam erfolgen soll. Ueber die Kapitulation des Generals v. Dettow-Borbeck hat die englische Regierung mitgeteilt, daß dieser Truppe gestattet wurde, die Waffen zu behalten, daß sie einschließlich der farbigen Truppen zunächst durch England verfrachtet und besoldet wird und daß die ihr angehörenden Europäer auf dem Heimtransport wie gewöhnliche Passagiere behandelt werden sollen.

Die Vorgänge in Sachsen.

Uebersicht des N. und S. Rates zu Leipzig.

Die Sächsische Staatsregierung veröffentlicht folgende amtliche Mitteilung des Säch. Arbeits- und Wirtschaftsministeriums: Mit Bekanntmachung vom 4. ds. Mts. hat der N. und S. Rat zu Leipzig angeordnet, daß alle Niederlagen, Spediteure und Rühhallen die bei ihnen lagernden Lebensmittel aufzunehmen und bis zum 10. Dezember das Ergebnis beim Ernährungsausschuss anzugeben haben. Jede freie Veränderung dieser Bestände, auch der marktfreien, hat er unterlagt und schließlich das Verbot auch auf die in Fabriken und Fabrikstätten lagernden Bestände ausgedehnt. Laut einer in den Tageszeitungen vom 7. und 8. Dez. erschienenen weiteren Bekanntmachung sind die nach Vorstehendem beschlagnahmten Lebensmittel, soweit sie in der Stadt Leipzig lagern, dem sächsischen Schlachthof in Leipzig, soweit sie sich im Bezirk der Amtshauptmannschaft befinden, der Zentrale des N. u. S. Rates bei der Amtshauptmannschaft Leipzig zuzuführen. Dieses Verfahren, das sich schon gegenüber der Bekanntmachung des Gesamtministeriums vom 28. Nov. nicht rechtfertigen läßt, widerspricht dem am 3. Dez. gefassten Beschluß des provisorischen Landesrates der N. u. S. Mts. Sachsens. Hier nach steht das Verfügungsrecht über die Lebensmittelvorräte den Zentralbehörden und Kommunalverwaltungen zu. Die N. u. S. Mts. haben sich jedes Eingreifen in die Verwaltungstätigkeit dieser Behörden zu enthalten und sich lediglich auf eine Kontrolle ihrer Geschäftstätigkeit zu beschränken. Demnach ist das Vorgehen des N. und S. Rates zu Leipzig ungesetzlich und ungültig. Es ist also niemand verpflichtet, den Anordnungen nachzukommen.

Schwere Wahlniederlage der Chemnitzer Unabhängigen.

Bei den gestrigen Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat im Industriebezirk Chemnitz erlitten die Chemnitzer Unabhängigen eine schwere Niederlage. Es erhielten bis zum Schluß des Zentral-Wahlbureaus die

- Liste I (Mehrheitsozialisten) 78 379 Stimmen,
- Liste II (Unabhängige) 6552 Stimmen.

Angstlich waren 78 Stimmen.

Es stehen noch die Ergebnisse der Wahl der Eisenbahn- und Straßenbahn-Angestellten sowie einige Landgemeinden aus.

Man sieht, wie in Dresden und zahlreichen anderen Städten, will auch in Chemnitz die überwältigende Mehrheit des arbeitenden Volkes von den bolschewistischen Bestrebungen der unabhängigen Sozialisten nichts wissen.

Der Wannen-Zwischenfall in Chemnitz.

Wir haben gestern ausführlich über die Zwischenfälle beim Sonntag-Einzuge des Major v. G. in Chemnitz berichtet. Die „Chemn. Volkszt.“ stellt nun die Sache anders dar und behauptet, das 11. Neuregiment unter Major Genth habe einen Putzversuch machen wollen. Auf dem Rathaus, wohin sie gebracht werden wollten, hätten der Major und die anwesenden Vertreter des Soldatenrates des Regiments eine schriftliche Erklärung abgegeben, daß sie den Befehlen des Garnisonältesten unweigerlich gehorchen würden. Die Waffen wurden dann auch ausgeliefert und in der Nacht alle Schuldigen vom N. und S. Rat verhaftet, unter ihnen auch Major Genth. Sie seien ihrer Aburteilung durch das zuständige Kriegsgericht entgegen.

Auflösung eines Landtagsausschusses.

Nach einer Verordnung des sächsischen Gesamtministeriums ist mit der durch die neue Regierung verfügten Auflösung des Landtags des vormaligen Königreichs Sachsen auch der Landtagsausschuss zur Verwaltung der Staatsschulden als aufgehoben anzusehen. Seine Geschäfte und Obliegenheiten gehen auf das Finanzministerium über. Der Zusammentritt des Landtagsausschusses am 10. Dezember dieses Jahres hat zu unterbleiben. Die für diese Sitzung vorgesehene Auflösung von Staatsschuldenscheinen wird das Finanzministerium vornehmen.

Die Wendengefahr.

Ausschlag der sächsischen Wenden an Deutsch-Böhmen.

In der sächsischen Lausitz werden die Bestrebungen gewisser wendischer Kreise auf Anschluß an die tschecho-slowakische Republik eifrig weiter gefördert. In ihrer Spitze steht das im 3. Ländlichen Kreise Baunzen-Weichenburg gewählte Mitglied der früheren Zweiten Kammer Barth. Ein anderer Wende der Zweiten Kammer, der seit mehr als 30 Jahren den 8. Ländlichen Kreis Kamenz-Königsbrunn vertretende Abgeordnete Kowalek, hat dort jahrzehntlang die unerschütterliche Sachtreue seiner Wähler betont und noch kürzlich eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: „Die Lausitzer Wenden haben keine Sehnsucht, dem tschechischen Staat einverleibt zu wer-

den. Wir bleiben treue Untertanen des sächsischen Vaterlandes.“ Wie jetzt aus Prag gemeldet wird, soll dort eine Abordnung der Lausitzer Wenden eingetroffen sein, die mit der tschecho-slowakischen Regierung wegen des Anschlusses der Wenden an die tschecho-slowakische Republik verhandelt. Die sächsische Lausitz gehörte bis zum Jahre 1918 zum Königreich Böhmen, das noch heute die Oberlehensherrschaft beansprucht. Das Land wurde im genannten Jahre den Wettinern von Ferdinand II. als Erbteil gegeben für ihre Hilfe gegen die böhmische Revolution. Noch in den letzten Jahrzehnten ist wiederholt von Prag aus versucht worden, noch Rechte aus diesem alten Vertrag herzuleiten. Die tschecho-slowakische Regierung hat bisher noch in keiner Weise bekundet, daß sie die Bestrebungen der Wenden fördern oder ihnen überhaupt Entgegenkommen zeigen will. Trotzdem sollte man jener Bewegung mehr Beachtung im Reich schenken als bisher.

Ein drohender Eisenbahnstreik beseitigt.

400 Millionen Lohnzulagen bewilligt.

Mit einem gefährlichen Ausbruch drohten die preussischen Eisenbahnhandwerker, der durch Verhandlungen zwischen den Vertretern der Organisationen und der Regierung verhindert worden ist. Am Freitag hatten die Arbeiter und Handwerker der Eisenbahnbetriebsstätten von Groß-Berlin im Eisenbahnministerium eine Reihe von Lohnforderungen vorgebracht und für den Fall ihrer Ablehnung mit sofortiger Arbeitsniederlegung gedroht. Der Eisenbahnminister Hoff bewilligte diese Forderungen, die insgesamt einen Mehrerwerb von nicht weniger als 300 Millionen M. ausmachten. Er tat dies vorbehaltlich der Zustimmung des preussischen Kabinetts. Am Sonnabend erlaubte die Eisenbahner eine Deputation in das preussische Staatsministerium, die der Regierung neue Forderungen unterbreitete. Diese Forderungen hätten den Etat insgesamt mit 400 Millionen belastet. Nach längeren Verhandlungen, die sich bis in den späten Abend hinein erstreckten, und an denen außer den Mitgliedern des preussischen Kabinetts, des Finanzministeriums und des Eisenbahnministeriums beteiligt waren, gelang es, eine Einigung zu erzielen. Die nunmehr bewilligten neuen Summen betragen 400 Millionen Mark. Das ist eine verhängnisvolle Entscheidung; denn es ist gar nicht mehr abzusehen, wie unter solchen Umständen der Etat noch ins Gleichgewicht gebracht werden soll. Aber die Regierung war in einer Zwangslage, denn ein Eisenbahnstreik in diesem Moment hätte nicht nur die ganze Lebensmittelversorgung in Deutschland unterbrochen, sondern außerdem noch die Heimbeförderung der zahlreichsten noch draußen befindlichen Truppen unmöglich gemacht, so daß diese von ihnen zugrunde gegangen wären. Es läßt sich noch nicht voraussagen, welche Auswirkung die Bewilligung der Forderungen der Arbeiter und Handwerker auf die Angestellten ausüben wird. Schon jetzt sind für die Beamten sogenannte Ausgleichszulagen in Höhe von insgesamt 40 Millionen Mark vorgezogen.

Das Ende der deutschen Kolonialpolitik.

Von Bezirksamtmann a. D. Dr. Karstedt.

Kann das Ende der deutschen Kolonialpolitik heute noch bezweifelt werden? Kann die Möglichkeit, dem deutschen Volke seinen Anteil an der Entschlebung überseeischer Reichtums zu erhalten, heute noch ernsthaft ins Auge gefaßt werden?

Kein Zweifel, daß Millionen von Deutschen diese Fragen glatt verneinen werden, wobei allerdings dahingestellt bleiben mag, wie viele von ihnen ernsthaft über die Bedeutung einer kolonialen Ausschaltung Deutschlands — oder positiv ausgedrückt: die wirtschaftliche Weltmonopolstellung Englands im klaren sind. Denn allein darauf kann es, so wie die Dinge liegen, ankommen:

Können wir wirtschaftlich den Verlust unserer Kolonien vertragen?

Diese Frage aber muß mit einem glatten Nein beantwortet werden! Daß man sich im deutschen Bürgerum über die Bedeutung von Kolonien und Kolonialbesitz nicht immer klar gewesen ist, beweist die traurige Geschichte des irdischen Kriegespielzeugs in den ersten Kriegsjahren und die tatsächliche und sachliche so falsche Vergütung der kolonialen Frage mit dem Flandernproblem. Soll das aber ein Grund sein, heute die Frage des deutschen Kolonialbesitzes unter einem anderen Gesichtswinkel zu betrachten als dem, unter dem sie Sachkenner immer betrachtet werden: dem rein wirtschaftlichen? Wer es heute noch nötig hat, sich über die wirtschaftliche Bedeutung deutscher Kolonien zu unterrichten, der lese die Sozialistischen Monatshefte der letzten Jahre, wo ihn Sozialdemokraten wie Vensch, Quessel, Arnold, Roste trotz Wilsons Forderung unter dem Gesichtspunkt behandeln: das deutsche Volk selbst legt ja keinen Wert auf den Kolonialbesitz!

Schärfer als je droht uns die Gefahr der Millionenauswanderung, wenn es uns nicht gelingt, uns unsere Grundlagen zur wirtschaftlichen Wiedergeburt zu erhalten. Ihre wichtigste bleibt aber die Offenhaltung der Betätigung deutscher Arbeit in der Hebersee. Sie zurückzugewinnen muß deshalb über alle innerpolitischen Schwierigkeiten und Differenzen hinaus Aufgabe der neuen auswärtigen Politik, erstes Gebot für die Friedensunterhändler sein. Am gesamten deutschen Volk, an der politischen Einsicht unserer neuen Parteien liegt es, die Erreichung dieses Ziels vorzubereiten — oder zu verhindern.

Kleine politische Meldungen.

Beilegung des Falles Erzberger-Schönburg. Der einigen Monaten hatte, wie damals mitgeteilt, Graf Schönburg-Wechsungen in einer Zentrumsvorversammlung in Dresden die politische Tätigkeit des Abg. Erzberger scharf abfällig kritisiert und sich dabei so kraftvoller Ausdrücke bedient, daß eine Verleumdungsklage Erzbergers gegen den Grafen die Folge war. Bislang ist die Klage nicht zum Austrag gekommen und wird auch wohl nicht zum Austrag gelangen, denn in der Köln. Volkszeitung findet sich ein Schreiben des Grafen Schönburg abgedruckt, worin er einem, die Tätigkeit Erzbergers anerkennenden Artikel voll zustimmt und erklärt, er habe sich in einer ganz kleinen Zentrumsvorversammlung in Dresden zu beleidigenden Äußerungen über Erzberger hinreissen lassen, die durch nichtswürdigen Vertrauensbruch in ganz linksstehenden Blättern der allgemeinen Öffentlichkeit übergeben worden sei.

Kloyd George für ein „großes England“. In einer Wählerversammlung in Leeds sagte Kloyd George: Nachdem wir den größten Kampf um den Fortschritt der Menschheit gewonnen haben, müssen wir mit allen Kräften trachten, England auf eine Höhe emporzubringen, wie sie noch nie dagewesen ist. — Das ist also der reinste Imperialismus. Es sei daran erinnert, daß, als das alte Rom auf seiner stolzen weltbeherrschenden Höhe war, der Zusammenbruch nicht mehr lange auf sich warten ließ.

Auslieferung von Tieren. Im Auftrage von ihrer Regierung hat die tschechische Botschaft in Berlin die Auslieferung des früheren Großvezirs Calat Paschas, des früheren Kriegsministers Enver Pascha, sowie einer Anzahl anderer Mitglieder der früheren Regierung beantragt, die nach Deutschland geschickt seien. Nach in Berlin vorliegenden, sicheren Nachrichten hat Enver Pascha zwar Konstantinopel verlassen, ist aber nicht nach Deutschland gekommen. Eine Auslieferung Calat Paschas kommt nicht in Frage, da er als politischer Flüchtling zu betrachten ist. Bei den übrigen Personen handelt es sich nach den bisher vorliegenden Angaben nicht nur um politische, sondern auch um gewöhnliche Straftaten. Wegen der politischen Straftaten würde eine Auslieferung auch bei ihnen ausgeschlossen sein, wegen der gewöhnlichen Straftaten würde dagegen ihre Auslieferung zu erfolgen haben, sofern nachgewiesen wird, daß die im deutsch-tschechischen Auslieferungsvertrag vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind. Die tschechische Regierung hat die Beibringung der erforderlichen Gerichtsurkunden in Aussicht gestellt und hat beantragt, den Aufenthalt der Beschuldigten ermitteln und sie vorläufig festnehmen zu lassen.

Wohnungszwang für die Arbeiter. Aus Lüneburg wird geschrieben, daß sich der Generalfeldmarschall von Hindenburg nach vollendeter Demobilisation in der Nähe von Lüneburg zur Ruhe setzen wird. Er hat sich als Wohnort das eine Viertelstunde von Lüneburg gelegene Kloster Lüne ausgewöhlt.

Gräueltaten in der Ukraine. Die Deutschen in der Ukraine werden in den Gebieten, aus denen sich die deutschen Truppen zurückgezogen haben, auf das grausamste mißhandelt. Sie werden von den russischen Anführern gefaßt und ermordet. Die Grausamkeiten, die der russische Hauptmann Macho begibt, spotten jeder Beschreibung. Die Russen werden deutsche Männer zu zweien lebendig an niedrige Wagen derartig festgebunden, daß ihr Kopf auf die Erde drückt, dann werden Pferde angepannt und der Wagen im Galopp durch die Straßen getrieben, bis von den Köpfen nicht mehr die Spur vorhanden ist. Anderen Männern wird bei lebendigem Leibe die Haut in Streifen geschnitten und abgezogen, bis sie unter vielen Qualen ihren Geist aufgeben. In manchen Orten wird die ganze männliche Bevölkerung an die eine Seite des Dorfes getrieben und dort mit Maschinengewehren niedergeschossen. Es ist unbedingt notwendig, daß seitens der deutschen Regierung das Verbot der dort stehenden, ohnehin abgeschlachten Truppen angeordnet wird, bis eine andere geordnete Macht dort auf Ruhe hält. Die oben angegebenen Grausamkeiten beruhen auf dem Ergebnis eines durchaus vorantonswürdigen Deutschen, der schon aus jener Gegend in Berlin eingetroffen ist.

Der Gesandte in Jülich. Die „Kölnische Zeitung“ meldet: Der Botschafter von Jülich gab bekannt, daß ein jugendlicher Lehrling in Jülich gefaßt worden sei, weil er ein Exemplar der Besatzungstruppen nicht die Ehrenbezeichnung erwiesen habe. Wegen seiner Jugendlichkeit wurde von seiner Aburteilung an das Kriegsgericht abgesehen.

Englische Kriegsschiffe vor Danzig. Sonntag mittag liefen die englischen Geschützten Kreuzer „Centaur“ und „Covenry“ in den Hafen von Danzig ein. Angeblich sollen sie den Abtransport der in Danzig zusammengebrachten englischen Gefangenen übernehmen.

Überprüfung des spanischen Botschafters in Berlin. Das Spanische Konsulat veröffentlicht einen Defekt, in welchem das Entlassungsgesuch des spanischen Botschafters in Berlin, Polo de Barnabe angenommen wird.

Die amerikanische Getreideernie. Der amerikanische Pressedienst in der Schweiz meldet aus Washington: Berichten des Departements der United States entnimmt man, daß die Getreidevorräte, welche im November zur Verfügung waren, sich auf 274 926 915 Bushels belaufen, das bedeutet wie in Jahr 1917 mal mehr als die vorjährigen Vorräte Weizen, Hafer und Roggen zeigen einen großen Ueberschuß gegenüber dem letzten Jahre.

Von Stadt und Land.

Aue, 10. Dezember.

Kriegsanzzeichnung. Der Kanonier Paul Schärer, Sohn des Hausbesizers Paul Schärer, hat das Eisene Kreuz 2. Klasse erhalten.

Die Vertikale Nr. 563 ist erschienen und liegt in unserer Geschäftsstelle zur Einsicht auf.

Zum Bau des Gemeindehauses von St. Nikolai. Die anlässlich des 25jährigen Kirchensubstanzums von St. Nikolai eingeleitete Sammlung zum Bau eines dringenden notwendigen Gemeindehauses hat bisher M. 4642,86 ergeben. Da der Fonds eine Höhe von 50 000 Mark erreichen soll, wird auf die weitere Opferwilligkeit der Gemeinde gerechnet.

Eine Sitzung des Bezirksausschusses findet Donnerstag, den 19. Dezember nachmittags 2 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses zu Aue statt.

Lebensmittel am Mittwoch: Marmelade.

Die Hundswangenzugverpflichtung aus Nickel gelten seit dem 1. Oktober d. J. nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Seit diesem Tage ist niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen. Nur bei den Reichs- und Landesbanken werden noch bis zum 1. Januar 1919 Hundswangenzugverpflichtung aus Nickel zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen als auch gegen Reichsbanknoten, Reichslandesscheine oder Darlehensscheine und bei Beträgen unter 1 Mark gegen Bargeld umgetauscht.

Die Entlassung der Jahrgänge 96-99. Von vielen Seiten werden beunruhigende Nachrichten über das Festhalten der Jahrgänge 96-99 beim Heere laut. Hierzu teilt das Kriegsministerium in Berlin folgendes mit: Die Zurückhaltung der Jahrgänge 96 bis 99 dient lediglich den Bedürfnissen der Heberzeugung. Die Entlassung der Jahrgänge 96-97 ist selbstverständlich und wird sich den übrigen Jahrgängen anschließen. Sie sollen keinen Tag länger gehalten werden, als der Gang der Demobilisation und besonders auch der Abfertigung der Gefangenen es erfordert. Es ist zu hoffen, daß mit der Entlassung des Jahrgangs 96 anfangs Januar begon-

